

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Dr. Christoph Zöpel MdB zur
Situation der Golfstaaten:
Resümee einer Reise.

Seite 1

Professor Dr. Uwe Holtz MdB
zur Notwendigkeit, einen Aus-
gleich divergierender Interes-
sen zu erreichen: Bei der Ba-
nanen-Frage genauer hinsch-
hen.

Seite 4

Dokumentation

29 obdachlose Frauen und
Männer sind nach Mitteilung
der Bundesarbeitsgemein-
schaft Wohnungslosenhilfe
e.V. seit Oktober 1992 erfro-
ren. Wir dokumentieren die
Mitteilung der Arbeitsgemein-
schaft.

Seite 6

48. Jahrgang / 40

1. März 1993

Zur Situation der Golfstaaten

Politische Eindrücke und Gedanken nach einer Reise in die
Vereinigten Arabischen Emirate und nach Oman

Von Dr. Christoph Zöpel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Nahost der SPD-
Bundestagsfraktion

Golfkrise, die Ölversorgung der Industriestaaten oder die Anlage des arabischen Kapitals führen in Deutschland zu periodischem Interesse an den Golfstaaten. Ihre politische Ordnung in monarchischen Strukturen erweckt hier eher Skepsis, wenn auch weniger Ängste als islamische Herrschaftsformen wie im Iran und im Sudan. Diese schlaglichthafte Beurteilung verlangt Analyse und Vertiefung. Eindrücke in der Region geben dazu Möglichkeiten. Wesentliche Problembereiche lassen sich in geeigneter Weise unter den Stichworten Sicherheitslage, wirtschaftliche Entwicklung, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa, Entwicklungszusammenarbeit mit den anderen arabischen Ländern, Perspektiven europäisch-arabischer Zusammenarbeit und Sicherheit sowie europäisch-arabischer Dialoge ordnen.

Sicherheitslage

Gesprächspartner in den Golfstaaten, darunter der omanische Außenminister Jusuf Ben Alawi, sehen die Sicherheitslage ihrer Staaten mit auffällender Nüchternheit. Gegenwärtig ist eine Bedrohung sowohl durch den Irak wie durch den Iran - hier Streitigkeiten mit den Vereinigten Arabischen Emiraten um die Insel Abu Mussa - gegeben. Dagegen erscheint Israel als ein eher abgelegenes Sicherheitsproblem, das aber durch den in Madrid begonnenen Friedensprozeß gelöst werden sollte, jegliche Störung ist dabei unerwünscht.

Gegen die Bedrohung durch Irak und Iran sind die Golfstaaten zur militärischen Abwehr nicht in der Lage. Die Sicherheitszusammenarbeit innerhalb des Golf-Kooperationsrates (GCC) kommt nicht weiter - saudische Hegemonialansprüche, Mißtrauen zwischen Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten, nichtgesicherte Grenzen, sind Hindernisse. So beruht die Sicherheit auf dem Schutz durch die USA, dazu durch Frankreich und Großbritannien. Das ist keine dauerhafte Lösung, stellt dazu der omanische Außenminister fest. Und ganz europäischen Argumentationsstrukturen ent-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebsweg:
mit wertvoller Beilage
Reparatur-Papier



sprechend, hält er Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Vorbild der KSZE für erstrebenswert, eingebunden in weltweite Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Vereinten Nationen. Grundsätzlich sollte Krieg vermieden werden, das dafür erforderliche Geld wird für die friedliche Entwicklung dringend gebraucht, auch die Zahlungen Deutschlands zur Unterstützung des amerikanischen Einsatzes in der Kuwait-Krise hätte eigentlich sinnvoller eingesetzt werden können. Nur die Verhältnisse...

Dieses Spannungsverhältnis zwischen rationaler Konzeption und nüchterner Realität beeindruckt, es kann auch europäischem Sicherheitsdenken nützen. Von den Ölimporten aus den vorderasiatischen und nordafrikanischen Ländern können sich weder Nordamerika noch Europa plötzlich abtrennen lassen - irgendwann nützt dann auch die breiteste Diversifizierung der Importe nicht mehr. Diese Verflechtung von ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen ist Realität. Sie nicht in langfristige konzeptionelle Perspektiven einzubinden, ist ein Mangel, der durch nur punktuelle Aufmerksamkeit der öffentlichen Politik in Europa noch verstärkt wird.

Wirtschaftliche Entwicklung der Golfstaaten

Erdöl und eine geringe einheimische Bevölkerung sind die Faktoren, die Grundlage der Entwicklung der Golfstaaten seit rund einem Vierteljahrhundert bilden. Sie sind in den Welthandel und die weltweiten Finanzmärkte integriert. Andererseits haben die Golfstaaten im Zeitraffer die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung durchrannt, vom Mittelalter und von beduinischen Gemeinschafts- und Lebensverhältnissen direkt ins ausgehende 20. Jahrhundert. Insoweit sind sie Entwicklungsländer, Entwicklungsländer, von denen vor allem auch zu lernen ist. Privater Reichtum und weltwirtschaftliche Integration haben bei der gesellschaftlichen Führungsschicht kapitalistisch-unternehmerisches Denken in extremer, partiell feudalistischer Weise entstehen lassen. Allerdings kommen die Voraussetzungen der weiteren Entwicklung, der Sicherung des auf dem 'Zufallsfaktor Öl' beruhenden Reichtums in den Blick, Ausbildung hat hohes Gewicht, der Wunsch nach passivem Technologietransfer, nach Ausbau der Infrastruktur, nach einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung ist offenkundig. Die Voraussetzungen des hohen Entwicklungsstands der Industrieländer werden erkannt und nachvollzogen.

Zweifellos ist dies, besonders im Bereich der Bildung, bei einer geringen einheimischen Bevölkerung leichter zu erreichen als in den bevölkerungsreichen Ländern, wie vor allem Ägypten. Die sozialen Probleme werden auf Ausländer verlagert, die relativ rechtlos sind und schnell abgeschoben werden können. Und dennoch: Nach Öllexport und Kapitalexport könnte der Export von selbsterworbenem Entwicklungs-Wissen ein dritter Beitrag der Golfstaaten zur Entwicklung der Weltwirtschaft werden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa

Zwischen der GCC und der EG besteht eine institutionalisierte wirtschaftliche Zusammenarbeit, unterscheidbar von Kooperations- und Assoziationsstrukturen mit Entwicklungsländern. Mir scheint, diese GCC-EG-Zusammenarbeit erfährt zu wenig öffentliche und politische Aufmerksamkeit, vielleicht einer der Gründe nicht ausgeschöpfter Effizienz. Es gibt auch Kritik aus den Golfstaaten, bezeichnender Weise an der zu geringen Bereitschaft der EG zum Import von Industrieprodukten. Dabei wird sich Europa auf den Import von Erdöl-Weiterverarbeitungsprodukten einstellen müssen - hier gibt es ökonomische Hebel der Erdölimporteure.

Der omanische Außenminister fragt, ob es nicht im Bereich der Meereswasserentsalzung vernachlässigte technologische Entwicklungen gibt - weil weder Europa noch Nordamerika auf diese Technologien angewiesen sind. In politischen Dimensionen gedacht, ist der Zusammenhang mit den Wasserfragen in der Region Türkei/Syrien/Jordanien/Israel offenkundig. Der technologische Laie fragt - Mikrochips mit 64 Mega-Bit und Desert-Storm ja - preisgünstige Meereswasserentsalzung nein?

Know-how-Transfer generell, einschließlich beruflicher wie wissenschaftlicher Bildung, muß in das Zentrum der Kooperation rücken; er kann von den Golfstaaten bezahlt werden und gewinnt damit Pilotfunktionen, die später finanzschwache Entwicklungsländer nutzen könnten.

Entwicklungszusammenarbeit der Golfstaaten mit den übrigen arabischen Ländern

Der Frage, ob es eine gesamtarabische Gesellschaft gibt, soll hier nicht mit Kategorien soziologischer Theorie nachgegangen werden. Aber schnell läßt sich feststellen, daß vor allem das gesellschaftliche System der Vereinigten Arabischen Emirate nur durch eine gesamtarabische Offenheit funktioniert. Politische Berater, Journalisten, hohe Administratoren, Wissenschaftler kommen aus dem gesamten arabischen Raum, transferieren Wissen in ihr Gastland und können hinzu erworbenes Wissen auch wieder mit in ihre Heimatländer zurücknehmen. Hier findet offenkundig arabische Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene bestimmt durch die Interessen der Golfstaaten statt. Der nächste Schritt wäre der Kapitaltransfer in arabische Länder, vor allem dorthin, wo Arbeitskraft im Überfluß vorhanden ist. Ihm stehen offenkundig Sicherheits- und Rentabilitätskalküle der Kapitalbesitzer aus den Golfstaaten entgegen, und der private Kapitalexport aus Ägypten selbst ist offenkundig aus den gleichen Gründen erheblich. Zur Verteidigung wird, exemplarisch durch den Hochschulinminister der Emirate, Scheich Nhayan, Mitglied der Herrscherfamilie, die Korruption in Ägypten oder Algerien angeführt. Interessant wird die Frage nach dem Ausweg: Wenn islamischer Extremismus nicht die Alternative sein soll - dieser wäre den Interessen der Reichen am Golf eher entgegengesetzt - dann führt nichts an einer Entwicklung zum Rechtsstaat und an Demokratisierung vorbei. Die Golfstaaten geraten in gesamtarabische gesellschaftliche Entwicklungszusammenhänge - wirtschaftlicher Reichtum, Verteilungstragen, Bildungsniveau, politische Stabilität und Sicherheitsinteressen vernetzen sich enger.

Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen Europa und dem arabischen Raum

Die nüchterne Realität legt es nahe, die Sicherheitsprobleme des Mittelmeerraums und des Golfs zu trennen. Das entspricht auch der Position der Regierungen der Golfstaaten. Dagegen gibt es einige geopolitische Argumente - Israel grenzt auch an das Rote Meer und damit mittelbar an den Indischen Ozean. Vor allem aber Perspektiven, die Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung vernetzt sehen, führen zu dem Verbindenden zurück. Der Zusammenhang zwischen militantem Islamismus, einem entscheidenden Unsicherheitsfaktor der Region, und sozialer Ungleichheit infolge von Unterentwicklung ist offenkundig. Hier müßten die Ansatzpunkte von Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen Europa und den Golfstaaten im europäisch-arabischen Gesamtzusammenhang liegen. Hilfe der Golfstaaten an die bevölkerungsreichen arabischen Länder gegen Importerleichterungen bei Industrieprodukten könnten ein Punkt von EG-GCC-Verhandlungen sein. Investitionen der GCC-Staaten in arabischen Ländern müßten als Bestandteile von Sicherheitsabkommen - warum nicht auch mit den USA - vorstellbar werden. Gemeinsame arabische Entwicklungsinvestitionen könnten jedenfalls nützlicher als Budgethilfen von Seiten der USA an Ägypten sein.

Europäisch-arabischer Dialog

Dialog setzt Öffentlichkeit und vernetzte Beziehungen voraus. Daran fehlt es, obwohl die Voraussetzungen dafür teilweise vorhanden sind. Gerade am Golf informiert die englisch-sprachige Presse über die inneren Entwicklungen in Europa und auch in Deutschland; unsere Asyldebatte ist Anfang 1993 ein tägliches Thema. Die breite Mittelost-Berichterstattung bei uns ist bekannt. Was fehlt, ist die entsprechend breite Analyse und Diskussion der Zusammenarbeit zwischen den Regionen. Wenn es dazu Öffentlichkeit gibt, wird sich der kontinuierliche Dialog zwischen den politisch Handelnden anschließen und vor allem erweitern. Das breite Netz von persönlichen Beziehungen ist Fundament der israelisch-deutschen Beziehungen, das dann auch eine kritische Auseinandersetzung miteinander zuläßt. Das muß zwischen Europa und Arabien gleichfalls angestrebt werden. Das frappierende in der Golfregion ist deren Entwicklung im Zeitraffer. Sie zwingt zur Beschleunigung der gesellschaftlich-politischen Vernetzung innerhalb der arabischen Welt wie auch zwischen Europäern und Arabern.

(1. März 1993/rs/ks)

Bei der Bananen-Frage genauer hinsehen

Zur Notwendigkeit, einen Ausgleich divergierender Interessen zu erreichen

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

**Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Der Beschluß des EG-Ministerrats vom 12. Februar über eine Gemeinsame Marktordnung für Bananen hat in Deutschland heftigen Diskussionen provoziert. Oft sind die Diskussionen in ihrer Bewertung leider zu einseitig gegen die EG-Regelung gerichtet, verkennen die Gründe für den Bananenbeschluß und sprechen pauschal von den lateinamerikanischen Herstellern. Deshalb ist es angeraten, genauer zu differenzieren, weil sonst zu leicht übersehen wird, daß möglicherweise betroffene, schlecht bezahlte Plantagenarbeiter in Mittel- und Südamerika gegen tausende von kleinbäuerlichen Bananenproduzenten und Genossenschaften in den Ländern des afrikanisch-karibisch-pazifischen Raums (AKP-Staaten) durch die großen Bananenmultis, ihre Lobby und Verbraucheregoismen ausgespielt werden.

Die Bananenregelung bezieht sich auf das Produzentendreieck EG-AKP-Drittländer und umfaßt drei Elemente: eine Verkaufsmengenbegrenzung, einen EG-einheitlichen Zollsatz von 20 Prozent für die Einfuhr aus Drittstaaten (nicht-EG- und nicht-AKP-Staaten) und Beihilferegulungen. Bei den Beihilferegulungen sind in bezug auf die EG-Erzeuger Subventionen, Marketingverbesserung und Ausstiegsprämien beschlossen. Bei AKP-Staaten sind an Vermarktungshilfen und Ausgleichszahlungen für Exporterlösverluste gedacht, für mittel- und südamerikanische Erzeuger Kompensationszahlungen vorgesehen. Allerdings sind die Maßnahmen für die beiden letzteren noch nicht verabschiedet.

Günstige Auswirkungen sind nicht nur für afrikanische Länder, wie Elfenbeinküste, Kamerun und Somalia zu erwarten, sondern auch für lateinamerikanische Länder aus dem Karibischen Raum, wie etwa Jamaika, St. Lucia und Surinam.

Auch wenn negative Auswirkungen auf die betroffenen mittel- und südamerikanischen Erzeugerländer zu erwarten sind, ist mit der beschlossenen Regelung meines Erachtens versucht worden, soweit wie möglich die Interessen aller Akteure im Bananendreieck zu berücksichtigen und vor allem auch zum Schutz von schwachen Marktteilnehmern und Kleinbauern in den AKP-Staaten beizutragen. Der Bananenstreit macht zugleich auch deutlich, daß ein gut funktionierender Ausgleichsmechanismus für die konkurrierenden Interessen der Erzeugerländer auf dem Hintergrund stabiler, fairer ökologisch und sozial-verantwortlicher Handelsbedingungen geschaffen werden muß.

Es ist hilfreich, drei Argumentationsstränge bei der Ablehnung der Bananenregelung auseinanderzuhalten: die Argumentation der entwicklungspolitischen Auswirkungen, die Argumentation des freien Marktes und die Argumentation des deutschen Verbraucherpreisbesitzstandes.

Ein paar Anmerkungen zum Bananenstreit:

1. Ich halte es für zu ungenau, der EG ihre Entscheidung in der Bananen-Frage als eine entwicklungspolitische, weil protektionistische, Fehlentscheidung anzulasten. Trotz noch nicht genau kalkulierbarer Auswirkungen auf die lateinamerikanische Produktion muß auch das entwicklungspolitische Plus der Bananenregelung gesehen werden: Etwa drei Viertel des Bananenabsatzes in Lateinamerika werden von ausländischen Multis kontrolliert (Chiquita, Del Monte, Dole). Gegenüber deren Hochproduktionen könnten sich die vielen kleineren Erzeugerländer aus dem afrikanisch-karibisch-pazifischen Raum bei einer Liberalisierung des EG-Marktes und ohne Unterstützung aufgrund kleinerer Produktionseinheiten und ungünstiger Produktionsbedingungen vermutlich nicht halten. Es werden also mit der zukünftigen Regelung mögliche katastrophale Folgen für diese Produzenten, insbesondere die kleineren pazifischen Inseln, verhindert. So machen etwa im Falle der Insel Dominica die Bananen 70 Prozent der Exporterlöse aus.

Jedoch hat die EG es versäumt, sofort deutlich zu machen, wie gegenüber Drittländern die vorgesehenen Kompensationsregelungen aussehen sollen, um insbesondere Härten bei betroffenen Plantagenarbeitern auszugleichen. Hier muß so schnell wie möglich nachgerüstet werden.

2. Die Europäische Gemeinschaft hat sich im Protokoll Nr.5 zum Abkommen von Lome bindend verpflichtet, die AKP-Staaten zukünftig beim EG-Marktzugang nicht ungünstiger zu stellen als bisher oder gegenwärtig, d.h. für eine bestimmte Bananenmenge, insbesondere aus den karibischen Inselstaaten einen Absatzmarkt zu garantieren. Absicht des Lome-Vertrags ist dabei, ehemaligen Kolonien einen Marktzugangs- und Existenzschutz zu gewähren, der sonst möglicherweise bedroht wäre. Dem muß der Bananenbeschluß aus vertraglichen Gründen Rechnung tragen.

3. Es wäre entwicklungspolitisch unsinnig, wenn die EG einerseits die bananenproduzierenden AKP-Staaten finanziell unterstützte, andererseits aber Handelsregelungen einführt, die letztlich zu großen Schäden in diesen Ländern beitrügen.

4. Im übrigen gehen etwa zwei Drittel der Bananenexporte aus Lateinamerika auf den nordamerikanischen Markt. Insofern hat die EG-Entscheidung vermutlich bei weitem nicht die Auswirkungen auf die lateinamerikanischen Erzeugerländer, wie von manchen befürchtet wird.

5. Bei der Bewertung der Auswirkungen der Einfuhrquoten aus bananenerzeugenden Drittländern in die EG sollte nicht übersehen werden, daß die Bananenproduzenten Mittel- und Südamerikas ihre Ausfuhren in die EG seit 1990 erheblich gesteigert haben (von 2,01 Mio t 1990 auf 2,5 Mio t 1991 und 2,6 Mio t 1992; für 1993 geht man im im Entwicklungsausschuß des Europäischen Parlaments von 2,9 Mio t aus). Die EG-Regelung erlaubt jetzt die Einfuhr von 2,0 Mio t Bananen aus Drittländern zu einem EG-einheitlichen Zollsatz von 20 Prozent, 854.000 t aus EG- und 852.000 aus AKP-Ländern. Damit wird für die lateinamerikanischen Bananenproduzenten vorläufig (bis 1994) das Ausfuhrvolumen von 1990 festgeschrieben. Einfuhren darüber hinaus lassen hohe Zölle fällig werden. Die erheblichen Exportsteigerungen der letzten beiden Jahre lassen aber ahnen, daß die lateinamerikanischen Produzenten von unrealistischen Wachstumsquoten ausgegangen sind. Vor allem sollte für die enormen Produktionssteigerungen insbesondere der US-Bananenmultis nicht nur die Öffnung der mittel- und osteuropäischen Märkte verantwortlich gemacht werden, sondern auch das Kalkül sich verändernder, quote geregelter Bedingungen auf dem europäischen Binnenmarkt. Im Klartext: durch hohe Einfuhren eine günstige Quote zu erreichen; also das Prinzip der präventiven Schadenesminimierung durch bewußt überhöhte Produktivität.

6. Für den deutschen Verbraucher wird das Kilo Bananen nach Schätzungen etwa 50 Pfennig teurer. Das wird zu verkraften sein. Das bisherige deutsche Zollprivileg zollfreier Bananeneinfuhr entfällt durch die Integration in das europäische Zollsystem. Allein schon der Gedanke der Einheitlichkeit im Binnenmarkt macht diese Integration erforderlich. Die meisten EG-Länder belegen schon seit längerem Bananenimporte mit einem Zollsatz von 20 Prozent. Außerdem sollte in diesem Zusammenhang konsistent argumentiert werden. Auf der einen Seite werden Schutzregelungen im Stahl-, Werften-, Textil oder Agrarbereich akzeptiert oder gefordert, bei den Bananen aber solche Regelungen abgelehnt - offensichtlich, weil in Deutschland im Gegensatz etwa zu Spanien oder Griechenland keine eigenen Bananenproduktionen betroffen sind.

In der Bananenfrage werden zwei praktische Dilemmata deutlich: zum einen, vertikal, die Interessenskonflikte zwischen Nord- und einigen Südländern, zum anderen, horizontal, die zwischen den Südländern selbst. Verhindert werden muß, daß die EG-Staaten ihre Schutzinteressen kompromißlos und zu Lasten der abhängigen Entwicklungsländer durchsetzen. Insofern muß für den Grundsatz eines freien Zugangs zu den Rohstoffmärkten eingestanden werden. Zugleich müssen aber Wege zum Schutz der Benachteiligten gefunden werden. Verhindert werden muß aber auch, daß die Länder des Südens in eine ruinöse Konkurrenz gegeneinander getrieben werden. Insgesamt macht die Bananenfrage deutlich, wie wichtig es ist, einen sozial gerechten, ökologisch verträglichen und effizienten Mechanismus zur Ausgleiche divergierender wirtschaftlicher Interessen zu etablieren.

(-/1. März 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION**"Vor unseren Augen im deutschen Winter erfroren"**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. hat darauf hingewiesen das in diesem Winter bisher in Deutschland mindestens 29 obdachlose Frauen und Männer erfroren sind. Der Wortlaut der Mitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft:

Seit Oktober 1992 sind mindestens 29 wohnungslose Männer und Frauen auf der Straße erfroren:

20.10.	Kurt J. (47) Leipzig
30.10.	unbekannter Mann, München
2.11.	Mann (49), Minden
12./13.11.	Harald Hermann (36), Berlin
23.11.	Frau (43), Flensburg
1.12.	Mann, Hamburg
4./5.12.	Mann (48), Düsseldorf
19.12.	nicht identifizierter Mann, Berlin
25.12.	Mann (46), Berlin
25.12.	Mann (40), Halle
26./27.12.	Mann, Hamburg
27.12.	Erich A. (37), Chemnitz
28.12.	Mann (51), Reutlingen
28.12.	Mann (36), Friedrichshafen
28.12.	Mann (64), Mannheim
circa 30.12.	Mann, Worms
1.1.	Mann (51), Frankfurt
2.1.	Frau (47), Frankfurt
2./3.1.	zwei Männer (54 und 34), Gelsenkirchen
2.1.	Manfred Z. (51), Königswinter
3.1.	unbekannter Mann (50 bis 60), Berlin
3.1.	Mann (57), Wismar
4. bis 6.1.	zwei Männer (37 und 38), Essen
4./5.1.	Robert G. (63), Leipzig
31.1./1.2.	zwei Männer (38 und 39), Land Brandenburg
2.2.	Mann (53), Ennepetal

Diese Menschen sind zumeist unter den Augen der Öffentlichkeit gestorben: erfroren auf Parkbänken, in Abbruchhäusern, an Bushaltestellen, in der Einkaufspassage oder in selbsterrichteten Bretterverschlägen und Erdhöhlen, die vor Kälte nicht schützen können. Der Winter ist auch in den letzten Jahren die lebensbedrohendste Zeit für die 25.000 bis 30.000 wohnungslosen Männer und Frauen gewesen, die gänzlich ohne Unterkunft auf der Straße überleben, doch so viele Tote wie in diesem Winter hat es bisher noch nicht gegeben. Daß noch weitere Menschen erfrieren werden, ist nicht ausgeschlossen.

In vielen Städten sind die Übernachtungsheime überfüllt, manche der lediglich tagsüber geöffneten Wärmestuben kann den KlientInnen nur in zwei Schichten für wenige Stunden Schutz vor der Kälte bieten. Menschenunwürdige Bedingungen in Übernachtungsquartieren - Enge, Schmutz, Angst vor Diebstahl und körperlicher Gewalt - halten Wohnungslose davon ab, dort Schutz vor der Kälte zu suchen. Sie fordern die Öffnung der U-Bahnen, der Bahnhöfe, der Gemeindehäuser, doch zahlreiche Kommunen verweigern dies. Dringend geboten ist die unbeschränkte Öffnung dieser öffentlichen Räume. Diese "Katastrophenhilfe" darf natürlich nicht über die Versäumnisse der Wohnungspolitik hinwegtäuschen: zur Zeit sind eine Million BürgerInnen in Deutschland obdachlos, darunter 150.000 alleinstehende Wohnungslose, schätzungsweise drei Millionen Menschen leben in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Deswegen fordert die BAG Wohnungslosenhilfe neben der Soforthilfe gegen den Erfrierungstod unter anderem den Bau privater und sozialgebundener Wohnungen für einkommensschwache BürgerInnen, die Integration der Wohnungslosen in den normalen Wohnungsmarkt sowie den Abbau der einseitigen Wohnungsbausubventionen zu Gunsten der Einkommensstarken.

gezeichnet M.Berthold - Vorsitzender der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. - (-/1. März 1993/rs/ks)